

Zugehörigkeit der englischen Regierung in Bezug auf die Teilung des Industrielebens in Oberschlesien darauf beschränkt werden, Polen das Eigentumsrecht darauf zuzusprechen, dagegen die Ausdehnung des Bezirks Deutschland zu überlassen. Auf der wahrscheinlich im Juli stattfindenden Sitzung des Obersten Rats werde neben der Beratung der oberschlesischen Frage auch die Aufhebung der im März in London über Deutschland verhängten Zwangsmaßnahmen angestritten werden.

Wie der „Matin“ mitteilt, haben Ministerpräsident Briand und Lord Curzon den Beschluß gefaßt, die drei alliierten Kommissare in Oppeln mit Nachdruck aufzufordern, nun endlich den Bericht über die Grenzfestsetzung zu erstatten. Sie sollen sich einigen und man habe ihnen sehr ernst mit der Entsendung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen. — Nach Berlin im „Echo de Paris“ habe Lord Curzon erklärt, was auch der „Welt Parisien“ bestätigt, daß nach der Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberschlesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland verhängten Mehrheit seine Zuerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert werden könne. An Stelle General Beronds habe Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Heeres stehe, vorgeschlagen. Die im März und April verhängten Zwangsmaßnahmen am Rhein wolle Curzon aufgehoben haben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehalten wolle. — Nach dem „Journal“ soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abstimmungsgebiet beschlossen worden sein.

London, 20. Juni. Laut „Times“ ist der Meinungsaustrausch zwischen Curzon und Briand vollkommen offen und freundschaftlich gewesen und, obgleich die Frage eines allgemeinen französisch-englischen Einverständnisses hinsichtlich des Bündnisses nicht erörtert wurde, sei am Quai d'Orsay während des Wochenendes Stimmung für einen solchen Plan vorhanden gewesen. — Das hat man doch schon vorher gewußt.

Englische Stimmen.

London, 20. Juni. Die „Morning Post“ meldet zu den Pariser Erörterungen über die oberschlesische Frage, man hoffe, daß die tatsächliche Entscheidung nur eine Formalität sein werde, da jetzt beide Regierungen bezüglich der Grundfrage vollständig übereinstimmen, auf der das Schicksal Oberschlesiens entschieden werden müsse. Briand und Curzon seien mit den Ergebnissen ihrer Beratungen vollkommen zufrieden. Briand persönlich sei entzückt. (Dann wehe Oberschlesien!)

London, 20. Juni. Die „Times“ melden aus Oppeln, in Oberschlesien fehne sich jedermann darnach, daß normale Verhältnisse wieder eintreten. Korfanty sei darüber sehr erfreut. Die Alliierten seien so gut wie gezwungen, die Herrschaft der Polen über das Industriegebiet anzuerkennen. Korfanty erwähne, der „Times“ zufolge, daß der größte Teil des augenblicklich von den Insurgenten besetzten Gebiets polnisch sei entzückt. (Dann wehe Oberschlesien!) dieser Ausdruck äußerster Vertrauens und äußerster Befriedigung sei fast humoristisch. Worauf Korfanty seine Zuversicht stütze, sei die Tatsache, daß er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die vor 14 Tagen den Zustand zu einem verhängnisvollen Ende zu bringen drohten, überwunden habe und weil die Deutschen daran zweifeln, daß die Alliierten jemals Schritte tun würden, um den polnischen Aufstand zu unterdrücken.

Deutschland.

Vom Reichsrat.

Berlin, 21. Juni. Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der ehemals elsäß-lothringischen Beamten und den Entwurf einer Besoldungsordnung für die früheren elsäß-lothringischen Landesbeamten nach den Beschläffen seiner Ausschüsse an. Der Reichsrat genehmigte abermals eine Anzahl Nachtragsetats für 1921. Im Etat des Auswärtigen wurden 10 Millionen Mark gestrichen. Im Etat des Ernährungsministeriums wurden zur Verbilligung von Auslandsgetreide und Mehl noch 7,33 Milliarden bewilligt. Der Reichsrat nahm noch den Gesetzentwurf über die Lohnsteuer an. Danach ist bei Einkommen bis 24 000 Mark die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Prozent als getilgt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Berechnung der eingehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

Der Reichskanzler in Essen.

Essen, 20. Juni. Nach Besichtigung der Elektroausstellung in Essen durch den Reichskanzler Dr. Wirth begrüßte Oberbürgermeister Dr. Luther den Reichskanzler, indem er ihm aufrichtigen Dank dafür sagte, daß er gerade jetzt ins Ruhrgebiet gekommen sei. Anschließend hieran hat er den Reichskanzler dringend, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Leiden des besetzten Gebiets gemildert und daß besonders die Nachbarstädte Duisburg und Düsseldorf schnellstens von dem juchbaren Druck der Besetzung erlöst würden.

Essen, 20. Juni. In seiner Ansprache an den Reichskanzler gab Oberbürgermeister Dr. Luther der Freude darüber Ausdruck, daß der Reichskanzler sobald zu einer großen politischen Kundgebung in die Mitte der schwer arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebiets gekommen sei, die daraus entnehmen werde, daß das Ruhrgebiet von der Reichsregierung nicht mehr als Aflsenbrödel angesehen werde, als das es so oft behandelt worden sei. Am die Fähigkeiten der Bevölkerung mit Erfolg in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, müsse aber die Reichsregierung dafür sorgen, daß die soziale, die kulturelle und die wirtschaftliche Freiheit nach innen und außen erhalten bleibe. — Reichskanzler Dr. Wirth erwiderte, daß sich die Reichsregierung der Schwere der Sanktionen und der damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile besonders für die Städte Duisburg und Düsseldorf voll bewußt sei und daß sie bei den Alliierten alles tun werde, um der Heberzeugung, daß die Sanktionen aufgehoben werden müßten, Bahn zu schaffen. Der Stadt Essen dankte der Reichskanzler dafür, daß ihm die Stadt gezeigt worden sei und die Elektroausstellung, die ihre Durch-

führung dem Elektrotechnischen Verein in Essen und der Mitarbeit führender Persönlichkeiten in Essen und der Nachbarschaft von Essen verdanke. Wenn überall so wie hier in Essen in Industrie und Naturwissenschaft weitergearbeitet und weitergeforcht werde, so müsse es gelingen, das harte Schicksal des deutschen Volkes zu meistern. Wir brauchen, wenn wir durchkommen wollten, alle Kräfte, die in Deutschland überhaupt mobil gemacht werden könnten. Die Reichsregierung habe Ziel und Richtung der großen Politik vorgezeichnet. Diese Politik sei im Volk im weitestem Maße verstanden worden. Die Politik der Verständigung und Versöhnung nach innen und außen dürfe nicht scheitern. Das uns gesteckte Ziel sei, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen. Der Wille, aufrichtig und treu dem bekannten Ziel zuzustreben, müsse stets fliehen aus der großen Liebe zum Vaterland und zum Volk. In diesem Sinne rufe er der Stadt Essen Glück auf!

Fortsetzung der Verhandlungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Berlin, 21. Juni. Zu einer Pariser Zeitungsmeldung, daß die französischen Sachverständigen Lefevre und Chegaon nach Berlin abgereist sind, um die in Wiesbaden begonnenen Verhandlungen über das Wiederaufbauprogramm fortzusetzen, erklärt der Lokalanzeiger, daß diese Besprechung auf deutscher Seite vom Präsidenten Guggenheimer geleitet werde. Auch Staatssekretär Bergmann werde daran teilnehmen.

Ein Erlass des preussischen Innenministers gegen die Verwendung von Kommunisten im Staats- und Gemeinde-Dienst.

Berlin, 21. Juni. Wie das „Achtuhr-Abendblatt“ erzählt, hat der preussische Minister des Innern an die Oberpräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem es heißt: Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Unruhen gezeigt haben, und ihrer auf den gewaltsamen Ansturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Propaganda können Anhänger dieser Richtung nicht für geeignet erachtet werden, ein wichtiges obrigkeitliches Amt in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere das eines Landrats, Amtsvorstehers, Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers, zu bekleiden.

Arbeitslosenaustrreibungen in Berlin.

Berlin, 21. Juni. Vor dem Berliner Gewerkschaftsgebäude fanden heute erneut von den kommunistischen Erwerbslosenführern angeordnete Demonstrationen statt. Die Demonstranten drangen in das Gebäude ein und verjagten eine gerade tagende Betriebsräteversammlung zu sprengen. Schuttpolizei drängte die Erwerbslosen aus dem Gebäude heraus und nahm einige Verhaftungen vor. Das Gebäude ist jetzt noch von einer ungeheuren Menschenmenge umlagert.

Berlin, 21. Juni. Bei den Arbeitslosen-Strawallen in dem Berliner Gewerkschaftsgebäude ist der mehrheitssozialistische Gewerkschaftsführer Sabath von den in das Gebäude eingedrungenen Demonstranten schwer mißhandelt worden. Er erlitt erhebliche Verletzungen. Zur Vertreibung der nach Tausenden zählenden Demonstranten mußten zwei Hundertschaften Schutzpolizei eingesetzt werden. Die Arbeitslosen haben in dem Bureau des Gewerkschaftshauses verschiedene Demonstrationen verübt. Fenstergehäusen wurden eingeschlagen und in die Fensterrahmen rote Fahnen gesteckt.

Antisemitische Antriebe an der Nürnberger Handelshochschule.

Berlin, 20. Juni. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Nürnberg gemeldet wird, haben die Dozenten der Nürnberger Handelshochschule wegen antisemitischer Antriebe eines Teils der Studentenschaft die Vorlesungen eingestellt. Erst nachdem eine Studentenversammlung ein Disziplinarverfahren gegen den Führer der Bewegung, Stroembörfer, gebilligt hatte, nahmen die Dozenten die Vorlesungen wieder auf. Der Senat der Hochschule hat die Entlassung Stroembörfers verfügt.

Verhaftung des Attentäters auf den Abgeordneten Sänger.

Berlin, 21. Juni. In München ist ein Kaufmann Körner verhaftet worden, der als Verüher des Anschlags auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Sänger festgestellt wurde. Kaufmann Körner hatte nach einer Versammlung den Abgeordneten auf der Straße überfallen und verprügelt.

Die Sanktion — ein Geschäft.

Köln, 17. Juni. Bekanntlich ist vor Verhängung der Sanktionen besonders von französischer Seite gesagt worden, daß diese Maßnahmen notwendig seien, um Deutschland auf diesem Wege zur Zahlung zu zwingen. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß man in französischen Geschäftskreisen von vornherein gehofft habe, daß die Errichtung der rheinischen Zolllinie für sie die Öffnung der deutsch-französischen Zollgrenze und somit ein Geschäft bedeute. Den besten Beweis dafür geben folgende Zahlen: Seit Errichtung des Rheinzollregimes wurden allein aus Frankreich für 172 Millionen Mark Brauwein, für 78 Millionen Liter, für 9 Millionen Champagner, für 10 Millionen Schokolade, für 1,6 Millionen Banile, für 10 Millionen Seide und für eine Million Mark Leder, ferner aus Belgien für 3 Millionen Mark Krebse, für 6 Millionen Liter, für 10 Millionen Schokolade in das besetzte Rheinland eingeführt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß es diesen französischen Kreisen weniger auf die Zollinnahmen, sondern weit mehr auf die Einfuhr französischer Waren in das besetzte Gebiet ankommt. Die obigen Zahlen beweisen, daß diese Kreise durchaus auf ihre Rechnung kommen.

Aus Stadt und Land. Calw, den 21. Juni 1921. Sommeranfang.

Am 21. Juni, abends 6 Uhr 40 Minuten, tritt die Sonne in das Zeichen des Krebses. Dieser Termin ist der Beginn des astronomischen Sommers. Der 21. Juni ist der längste Tag im Jahre. In ihm geht die Sonne um 3 Uhr 46 Minuten auf und um 8 Uhr 17 Minuten unter. Bald beginnt wieder die Abnahme des Tages. Der Sommeranfang war für unsere germanischen Vorfahren ein festlicher Tag; sie feierten an ihm die Sommerjonnenuende; auf den Berggipfeln und auf den Wiesen versammelten sie sich um etn Feuer, das

sie zu Ehren Walburs, des Gottes Lichts und der Schönheit, anzündeten. In zahlreichen Gegenden unseres Heimatlandes hat sich die Feier des Sommertages mit ihren Höhenfeiern erhalten; an manchen Orten hat man es verstanden, sie, nachdem sie verschwunden war, neu zu beibringen.

Zusammenkunft der Angehörigen des 1. Bataillons R. I. R. 119.

Am 17. Juli 1921 findet die zweite Zusammenkunft des 1. Bat. R. I. R. 119 in Calw statt. Als Einleitung der diesjährigen Feier wird eine Gedenktafel an der Chorwand der Stadtkirche in Calw eingeweiht. Durch freiwillige Spenden ist es möglich, bedürftigen Angehörigen von gefallenen Kameraden sowie Invaliden des Bataillons die Fahrkarte nach Calw und zurück zu vergüten. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, wolle sich an Stadtpfleger Frey in Calw wenden. Auf die Anzeile im heutigen Blatt wird noch besonders hingewiesen.

Aufführungen der „Schöpfung“ von Haydn in Nagold.

Der Mus.-Ver. Nagold führt am 26. 6. nachm. 4½ Uhr in der Stadtkirche zu Nagold mit bekannten Städtgarter Sängern und unter Leitung des Dirigenten der Singkapelle die „Schöpfung“ von Haydn auf. Wir empfehlen unsern Lesern den Besuch der Aufführung des schönen Werks. Vielleicht laßt gerade manche von uns die Gelegenheit kurz nacheinander die „Schöpfung“ in Nagold und „die Jahreszeiten“ hier zu hören.

Die Verteilung des Ertrages der Sammlung „Kinderhilfe“.

Die Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“ hat bekanntlich in Württemberg 2,5 Millionen Mark ergeben. Die Erlöse (für Inzerate, Plakate, Schreibpapier) haben nicht ganz 10 000 A betragen; die Arbeit selbst wurde völlig unentgeltlich geleistet. Der Umsatz gemäß wurde ein Fünftel des Ertrages, also 500 000 A, dem Reichsausgleichsfonds für besondere Notbedürftige überwiesen. Die Oberämter und der Landesausgleichsfonds haben den Rest je zur Hälfte erhalten. Aus dem Ausgleichsfonds hat der Landesausgleich mit Rücksicht auf die ausgesprochene württembergische Anstaltspflege für sittlich und körperlich gefährdete Kinder 150 000 A zurückerhalten. Er hat aus der ihm nur zur Verfügung stehenden Gesamtsumme den Anfall, die nicht örtlichen Charakter tragen, 500 000 A als einmalige Gabe zugeteilt. Für die Einzelsürsorge blieben beim Landesausgleich nun noch 700 000 A. Diese sollen aber nicht auf einmal verbraucht, sondern auf drei Jahre verteilt werden, da eine Wiederholung der Sammlung für das notleidende Kind nicht alsbald wieder möglich sein, die Not aber doch mindestens in den nächsten Jahren sehr groß sein wird. Deshalb werden es die Oberämter machen mit dem ihnen für die Einzelsürsorge zur Verfügung stehenden Geld. Um die Kinderhilfe nicht in viele kleine, unwirksame Gaben zerklüften zu lassen und so tatsächlich hinauszuwerfen, muß eine Verteilung vorgenommen werden, durch die zwar viele Hoffnungen enttäuscht, aber doch da, wo eine Gabe hinkommt, wirkliche Hilfe geleistet wird. Es werden Gaben von 75—100 A gegeben in solchen Fällen, wo mit dieser Gabe eine sonst nicht erreichbare Verbesserung der Lage des Kindes erreicht werden kann, also z. B. eine Solbadkur, zu deren Kosten noch 75—100 A fehlen, oder die nach überstandener Krankheit vom Arzt für einige Zeit dringend gewünschte verbesserte Ernährung ermöglicht oder den Eltern eines krank gewordenen Kindes geholfen wird, die ihnen durch die Krankheit oder Operation entstandenen Kosten zu tragen. Es dürfte doch eine nicht unwesentliche Erleichterung der Kindernot darstellen, daß durch die Sammlung „Kinderhilfe“ nun 3 Jahre lang die Mittel zu Gehilfen in solchen besonderen Notfällen zur Verfügung stehen.

Methodistenkirche von Süddeutschland.

Vom 1. bis 6. Juni ds. Js. fand in Freudenstadt die Jahreskonferenz der Prediger der bischöflichen Methodistenkirche von Süddeutschland statt. Die Berichte und Verhandlungen der Konferenz geben ein erfreuliches Bild von dem Stand des Werkes. Trotz der starken widerchristlichen Strömungen in unserem Volk ist ein erfreulicher Fortschritt auf allen Gebieten der kirchlichen Tätigkeit festzustellen. Die kirchlichen Räume erwiesen sich an vielen Orten zu klein, um den vorhandenen Bedürfnissen zu entsprechen. Der statistische Bericht brachte folgende Zahlen: die 108 Prediger in Süddeutschland repräsentieren zirka 19 000 Mitglieder in 71 Gemeinden mit 508 Predigtstätten. An freiwilligen Beiträgen gaben die Mitglieder im letzten Jahre 1 879 524 A, 71 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Jugendvereine zählen insgesamt 11 318 Mitglieder. Der Zeitschriftenverlag, Zeitschriftenhaus Bremen, Nordstr. 78, versendet wöchentlich gegen 70 000 christliche Zeitschriften nach Süddeutschland. Im Verband der Diakonissenvereine der Methodistenkirche Deutschlands (Bethanien-Bereine, Frankfurt a. M., „Schwestern Bethanien“ in Hamburg und „Martha-Maria-Bereine“ in Nürnberg) arbeiten 580 Diakonissen, die in eigenen und fremden Krankenhäusern, in Skripten und Privatpflegen, sowie als Gemeinbeschwestern dienen. Im Laufe des letzten Konferenzjahres wurden von der „Milden Stiftung Kinderhilfe der Methodisten“ 4 Kinderheime eingerichtet: in Moserlauden in Thüringen, in Blankenburg am Harz, in Kellheim am Taunus und in Nagold i. Schwarzwald. Ohne Unterschied der Konfession sollen teils unsonst, teils um billigen Tagespreis unterernährte und krank Kinder in diesen Heimen Pflege und Erholung finden. In größeren Städten sind Kinderheime durchgeführt worden. Das „Luthardt-Heim“ in Freudenstadt bietet den Mitgliedern der Kirche billige Erholungsmöglichkeiten. Für alleinlebende Alte und Gebrechliche gewährt das Heim Pilgerruhe in Schwarzenberg Orl. Neuenbüttel (früher in Nagold) einen sorgenfreien Lebensabend. — Neben diesen erfreulichen Nachrichten ergab die Konferenz neue ermutigende Gesichtspunkte für eine zielbewusste Fortwärtsbewegung im neuen Konferenzjahr. Die Arbeit an der Jugend soll durch die Schaffung einer Lehrstube für Pädagogik am Predigerseminar in Frankfurt a. M. und durch die Auffstellung eines Sekretärs für religiöse Erziehung in ein neues Stadium treten.

Papstliche Politik von Wil...

Auf einer freien Rede am 2. — 3. 00 G. eme... aus Baden, Württemberg wurde über einen Südwestdeutschen... Professor Enders... rick - Karlsruhe und drei Reichstags... temberg und Baden... und vertretene... daß wirtschaftliche... werden. Alle drei... berg Verwirre, daß m... Vertreter der oberba... melnden erklärten die... berden die Zusam... Roth (D. d. P.). Wo... die Anlagen gegen... lung des württ. Sta... wolle nicht drängen... Gegenstand politischer... den. Als Ergebnis... daß der Zusammenh... daß politisch ruhiger... die sachlichen Gründe... zuarbeiten.

Verfall...

ep. Am 17. Juni ist... Verwandten zu Besuch... forden im Alter von 8... fenden in Stuttgart gele... erkrankt. 1837 g... seine Ausbildung im... württ. — Nachfolger F... der deutschen evangelisch... (1880—87), als Dele... hmann (1887—1900) u... wurde er Mitglied der... religiöse und theologisch... maß, später mehr das... württ. Zeitschrift.

Die württ. Land...

In einer Sitzung des... den landwirtschaftlichen... bewirtschaftung verhand... dung der Landwirtschaft... verband, in der diese... hatten grundsätzlich ab... schaffung fest. Das U... württ. noch keine Preise f... landwirtschaftlichen Org... der vorliegenden Verh... mißverständnisse über das U... Möglichkeit die Landwir... Umlage schützen zu kö... fegung, daß den Preise... Unternehmensgewinn zug... Ernährungsministeriums... schaftlicher Hauptverban... gende Erklärung ab: W... schlag der Vorschlag... Jahren nach bestimmten... müssen aber feststellen, d... Sicherheit durchführbar... kann daher ihre Zusim... geben und die Verantw... nehmen.

Die staatlichen V...

Das Ministerium des... daß gewisse Gemeindeg... Fällen die Bereitwilligke... denen Gemeindeganteils... zum Wohnungsbau erklä... Bauherren zuvor den V... hallen versprechen lassen... neue Gemeindepfleger... den Empfang einer Sum... erhalten hätten. Die sta... württ. die Gemeindegan... Bei dem Vorgehen g... bes Belags vor, wobei... bewirkt und je nach der... der als Täter, Anstifter... sucht wird noch, ob d... Präzedenzentscheidung in... langt, daß ein Exempel... Zustand vorgebeugt wir... besondere Gesetzesbestim... die Gemeinden ein Zw... barischen bei vorhandene...

Ausführung der...

Der Umstand, daß d... bende Illertal (in L... zugeweiht wurde, hat sich... der Überwasserkräfte sch... wischen Bärtele und b... die Verteilung dieser...

s und der Schönheit...
s Heimatlandes hat...
s erhalten; er...
s verschwinden...
s N. S. N. 119...
s Zusammenkunft...
s Einleitung der...
s an der Chorwand...
s freiwillige Spen...
s den die Fahrplän...
s von dieser Berg...
s an Stadtpflege...
s im heutigen Wirt...
s von Hand...
s 4 1/2 Uhr in der...
s Solisten und mit...
s Reichswehrkapelle...
s unsem Lesern den...
s Willeit loht gerade...
s ander die „Schöpfun...
s ren...
s der Sammlung...
s hat bekanntlich...
s Die Unkosten für...
s nicht ganz 10 000...
s unentgeltlich gel...
s Fünftel des Ertrags...
s für besondere No...
s der Landesausf...
s Aus dem Ausgleich...
s auf die ausgedehnt...
s und körperlich ge...
s. Er hat aus der...
s Summe den Anstalt...
s 1000 M als einmal...
s blieben beim Land...
s aber nicht auf ein...
s je verteilt wer...
s für das notleidende...
s Not aber doch mit...
s sein wird. Wesf...
s ihnen für die Ein...
s. Um die Kinder...
s Gaben zerfallen...
s muß eine Verlesung...
s diese Hoffnungen...
s nimmt, wirkliche H...
s 100 M gegeben...
s sonst nicht errei...
s erreicht werden k...
s sind noch 75-100...
s nheit vom Art für...
s herte Ernährung...
s bewiesenen Kindes...
s oder Operation...
s doch eine nicht un...
s stellen, daß durch...
s die Mittel zu Weir...
s Verfügung stehen...
s Deutschland...
s den Stadt die Jahre...
s kirche von Südb...
s der Konferenz gab...
s Trotz der starken...
s erfreulicher Fortsch...
s festzustellen. Die...
s Klein, um den vorhan...
s che Bericht brachte...
s schland repräsent...
s mit 508 Predigt...
s oder im letzten Jahr...
s Die Jugendber...
s Christenverlag, Zahl...
s gegen 70 000 ab...
s erband der Diakon...
s („Wohlfahrt-Verein“...
s in Hamburg und...
s 80 Mark, die in...
s en und Privatpfl...
s auf des letzten Kon...
s Kinnerhilfe der...
s sterkausschuss in...
s am Taunus und...
s der Konfession sol...
s untererhöhte und...
s finden. In größ...
s orden. Das Kur...
s eben der Kirche...
s die und Gebrechliche...
s berg M. Neuenbü...
s eben. — Neben die...
s ermutigende Ges...
s ung im neuen...
s ch die Schaffung...
s in Frankfurt a...
s religiöse Erziehung...

Badische Politiker gegen den Zusammenschluß von Württemberg und Baden.

Auf einer freien Konferenz in Donaueschingen, die von etwa 2-300 Gemeindevorstellern und Politikern aus Baden, Württemberg und Hohenzollern besetzt war, wurde über den Zusammenschluß dieser Länder zu einem Süddeutschen Großstaat verhandelt. Berichte erstatteten Professor Endrey-Mannheim, Minister a. D. Dietrich-Karlsruhe und Geheimrat Reimann-Karlsruhe. Die drei Berichterstatter lehnten den Zusammenschluß von Württemberg und Baden ab aus politischen wie aus wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Gründen. Nur Endrey betonte daß wirtschaftliche Gründe den Zusammenschluß nahe legen würden. Alle drei badischen Redner machten gegen Württemberg Vorwürfe, daß man Baden einfach aufsaugen wolle. Die Vertreter der oberbadischen und württembergischen Grenzgemeinden erklärten die jetzigen Zustände für unhaltbar und forderten die Zusammenlegung. Die württ. Abgeordneten Roth (D.D.P.), Volk (F.R.) und Pflüger (Soz.) wiesen die Anklagen gegen Württemberg zurück. Die ganze Beurteilung des württ. Standpunktes sei unzutreffend. Württemberg wolle nicht drängen. Es wäre verfehlt, die Frage schon zum Gegenstand politischer Kämpfe bei kommenden Wahlen zu machen. Als Ergebnis der Aussprache kann festgestellt werden, daß der Zusammenschlußgedanke noch einen weiten Weg hat, daß politisch ruhigere Zeiten abgewartet werden müssen, um die sachlichen Gründe für den Zusammenschluß näher herauszuarbeiten.

Prälat von Berg gestorben.

Am 17. Juni ist in Ellwangen, wo er im Kreis seiner Verwandten zu Besuch weilte, Prälat a. D. Karl von Berg gestorben im Alter von 84 Jahren. Seit 9 Jahren hat er im Ruhestand in Stuttgart gelebt nach einer arbeits- und segensreichen Berufslaufbahn. 1837 geboren in Kirchheim u. T. empfing er seine Ausbildung im Seminar in Maulbronn und in Tübingen, wurde — Nachfolger F. von Bodelschwinghs — als Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde La Villette in Paris (1864 bis 1869), als Vikar in Ulm (1869-80), als Dekan in Calw (1880-87), als Dekan und dann Generalsuperintendent in Heilbronn (1887-1900) und zuletzt in Ludwigsburg bis 1912. 1907 wurde er Mitglied der Landesynode und der 1. Kammer. Seine religiöse und theologische Art trug zunächst das Gepräge des Pietismus, später mehr das des Neulutheriums, aber stets in milder und weitherziger Weise.

Die württ. Landwirtschaft gegen das Umlageverfahren.

In einer Sitzung des Ernährungsministeriums wurde gestern mit den landwirtschaftlichen Organisationen über die künftige Getreidebewirtschaftung verhandelt. Der Sitzung voraus ging eine Besprechung der Landwirtschaftskammer und des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, in der diese zum Umlageverfahren Stellung nahmen. Sie halten grundsätzlich an ihrer Forderung der freien Getreidebewirtschaftung fest. Das Umlageverfahren sei schon deshalb abzulehnen, weil noch keine Preise für das Umlagegetreide zugesichert seien. Die landwirtschaftlichen Organisationen beteiligen sich unter dem Zwang der vorliegenden Verhältnisse an der Besprechung des Ernährungsministeriums über das Umlageverfahren, weil sie hoffen, dadurch nach Möglichkeit die Landwirte vor Nachteilen und Unbilligkeiten bei der Umlage schützen zu können und unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß den Preisen die Induzentien nicht einem angemessenen Unternehmergewinn zugrunde gelegt werden. In der Sitzung des Ernährungsministeriums gaben Landwirtschaftskammer, Landwirtschaftlicher Hauptverband und Schwäb. Bauernverein gemeinsam folgende Erklärung ab: Wir anerkennen, daß von den vorgelegten Vorschlägen der Vorzug der württ. Landesgetreidekasse (Umlageverfahren nach bestimmtem Plan) als der brauchbarste anzusehen ist, müssen aber feststellen, daß kein Umlageverfahren als gerecht und sicher durchführbar angesehen werden kann. Die Landwirtschaft kann daher ihre Zustimmung zu einem der Umlagevorschläge nicht geben und die Verantwortung für deren Durchführung nicht übernehmen.

Die staatlichen Baukostenzuschüsse und die Gemeinden.

Das Ministerium des Innern hat ferner Beweise dafür erhalten, daß gewisse Gemeinden den Staatsbehörden gegenüber in einzelnen Fällen die Bereitwilligkeit zur Leistung des reichsrechtlich vorgeschriebenen Gemeindeanteils an den Baukostenzuschüssen und Baudarlehen zum Wohnungsbau erklärt haben, während sie sich insgeheim von den Bauherren zuvörderst den Verzicht auf die Ausbezahlung dieses Anteils halten versprechen lassen. Dies wurde sowohl getrieben, daß sich einzelne Gemeindepflegen von den Bauherren sogar Quittungen über den Empfang einer Summe ausstellen ließen, die sie tatsächlich nicht erhalten hatten. Die staatlichen Darlehen werden aber nur gegeben, wenn die Gemeinden ihren Anteil zu den Baukostenzuschüssen leisten. Bei dem Vorgehen gewisser Gemeinden liegt also der Tatbestand des Betrugs vor, wobei die Bauherren, die beteiligten Gemeindevorstände und je nach dem die mitbestimmenden Gemeinderatsmitglieder als Täter, Anstifter oder Gehilfen in Betracht kommen. Unterliegt wird noch, ob daneben ein Verbrechen der gewinnfächtigen Falschbeurkundung in Frage kommt. Der Finanzanschluß hat verlangt, daß ein Exempel statuiert und solchen Unredlichkeiten für die Zukunft vorgebeugt wird. Das Ministerium erwägt, ob nicht eine besondere Gesetzesbestimmung geschaffen werden soll, durch die auf die Gemeinden ein Zwang ausgeübt wird zur Beteiligung an Bauarbeiten bei vorhandener Leistungsfähigkeit.

Ausnützung der Illerwasserkräfte durch Württemberg und Bayern.

Der Umstand, daß das von Natur aus ein Wirtschaftsgelände bilde die Iller (in Oberschwaben) vor 100 Jahren zwei Staaten zugehört wurde, hat sich bei der Ausnützung bzw. Nichtausnützung der Illerwasserkräfte sehr bemerkbar gemacht. Es wurde zwar 1917 zwischen Württemberg und Bayern ein Staatsvertrag über die Verteilung dieser Wasserkräfte abgeschlossen; dieser Vertrag, zu dem übrigens die Beteiligten nicht gehört wurden, hat aber nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. So muß zum Beispiel Memmingen seinen elektrischen Strom von den Bewerbern durch eine fast 100 Kilometer lange Leitung beziehen, wobei vor seinen Toren in 5 Kilometer Entfernung die Württemberger die Iller ausbauen. Statt der räumlichen Ausfüllung des Flusses wird nun eine gemeinsame Bewirtschaftung seiner Energiemengen durch Gründung einer bayerisch-württembergischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebt; diese soll alle Beteiligten zu einer Betriebs- oder Interessengemeinschaft zusammenfassen, die gemeinsam die Werke ausbauen und den Strom unter sich verteilen soll.

Einlösung von 50 Mark-Noten.

Die Reichsbanknoten zu 50 M. vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. 12. 20 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 31. Januar 1921 verloren; sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert.

Nutmögliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.

Die Wetterlage ist unsicher. Am Mittwoch und Donnerstag ist wechselnd bewölkt, dann wieder aufhellendes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Irrig
ist die Ansicht,
Anpreisungen in der Tageszeitung verteuern die betreff. Waren, das Gegenteil ist der Fall. Artikel, für die Reklame gemacht wird, finden einen raschen Absatz und können infolgedessen billig abgegeben werden.

Von der deutschen Volkspartei.

(S.W.) Stuttgart, 19. Juni. Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg war gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Abg. V. D. S. zusammengetreten, um sich mit der politischen Lage und den daraus für die Partei und ihre Haltung sich ergebenden Notwendigkeiten zu beschäftigen. Die aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte Versammlung wurde eingeleitet durch einen Bericht des Abg. V. D. S. über die politischen Ereignisse der letzten Monate und über die Gründe, die zum Austritt der Partei aus der Reichsregierung geführt haben. Wenn besonders in der Zentrumsfrage dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wurde, daß die Deutsche Volkspartei eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt habe, so sollte man dabei doch nicht verschweigen, daß das ganze gerade von dieser Seite gemachte Angebot darin bestand, daß Dr. Helbig weiter als Reichsjustizminister im Amt bleiben sollte. Eine gewisse starke Zustimmung für eine Fraktion mit 65 Mitgliedern. Man habe sie mit Recht zurückgewiesen. Die Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der neuen Regierung sei nur zu billigen. An einer Vertretungserklärung sich zu beteiligen, sei für die Partei unmöglich gewesen, während andererseits bis dahin kein Anlaß vorhanden gewesen sei, sich einem Mißtrauensvotum anzuschließen, das die Auflösung des Reichstags in diesem Falle zur Folge gehabt hätte. Zwinge die Regierung durch ihre Taten dazu, dann werde die Partei auch vor dieser letzten Möglichkeit nicht zurückweichen. Was inzwischen, vor allem in den letzten Tagen, geschehen sei, das werde allerdings auf den schärfsten Widerstand der Deutschen Volkspartei stoßen müssen. An diese mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine mehrstündige und anregende Aussprache, an der sich u. a. beteiligten Fabrikant Wagner-Cannstatt, Professor Baughaf-Ebingen, Chefredakteur Strücker-Göppingen, Rechtsanwalt Dr. Lindenmeyer-Stuttgart, Abg. Dr. Gschlaß-Stuttgart, Kaufmann Schellenberger-Stuttgart, Professor Dr. Schuster-Neuklingen und Kommerzienrat C. Kaufmann-Stuttgart. In der Aussprache wurde von verschiedenen Rednern lebhaft darüber Klage geführt, daß die württ. Bürgerpartei in einem von ihrem Landesvorsitzenden, dem Abg. Dr. Belschwinger, unterzeichneten Verbescheid, worin Beiträge zur Parteikasse erbeten werden, nicht vor Verbädhtigungen und offenkundigen Verleumdungen der Deutschen Volkspartei zurückschrecke. Ganz nach dem Vorgang der deutschnationalen Parteileitung im Reich, die am Vorabend der Präfekturwahl mit derselben Lüge operiert habe, werde in diesem Schreiben der Deutschen Volkspartei der Vorwurf gemacht, daß sie mit der Sozialdemokratie paktiere. Dieses Vorgehen berechtige zu den ernstlichsten Zweifeln an der Aufrechterhaltung der Bürgerpartei bei ihrer Forderung nach Herstellung der nationalen Einheitsfront. Der Angriff sei umso verwerflicher, als er gerade in den Tagen erfolgt sei, in denen im Landtag von dem Abg. Baillie die Hand zur Verbesserung ausgedrückt und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte so entschieden betont worden sei. Das Ergebnis der Aussprache bildete die einstimmige Annahme folgender Erklärung: 1. Zur allgemeinen politischen Lage. Der Landesauschuss erklärt sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion einverstanden und spricht ihrem Führer Stresemann volles Vertrauen aus. Die Deutsche Volkspartei in Württemberg wendet von der Fraktion,

daß sie alle sozialistischen Wirtschafts- und Steuerexperimente ablehnt und nichts unberührt läßt, um den schaffenden Mittelstand in Stadt und Land, die Wurzel unserer wirtschaftlichen Kraft, vor dem Untergang zu bewahren. — 2. Zur oberschlesischen Frage. Der Landesauschuss erhebt Einspruch gegen die unerhörte Vergewaltigung deutscher Volksgenossen durch polnische Banden, die sich dabei des Schutzes und der Unterstützung der Franzosen erfreuen, und fordert gemäß dem Willen der oberschlesischen Bevölkerung ein ungeteiltes Oberschlesien. Der Landesauschuss dankt den tapferen deutschen Männern, die sich zur Verteidigung deutscher Erde opferbereit zur Verfügung gestellt, besonders jenen, die ihr Leben dem Vaterland dargebracht haben. 3. Gegen das Verbot der Aufführung von Filmen. Der Landesauschuss sieht in dem Verbot der Filme über die schwarze Schmach und über die Gefahren der Fremdenlegion eine Preisgabe deutscher Ehre und der Landsleute im besetzten Gebiet. Er spricht der Reichsregierung wegen dieses Verbots seine schärfste Mißbilligung aus.

Sulz, D.A. Nagold, 19. Juni. Bei der am Sonntag stattgefundenen Ortsvorsteherwahl haben von 573 Stimmberechtigten etwa 81 Prozent abgestimmt. Es erhielten Verw. Kandidat Eugen Barth 318 Stimmen, Verw. Kand. Theodor Gauß 142 Stimmen, Verw. Kand. Oberer 13 Stimmen. Barth ist somit gewählt. Die Wahl verlief in ruhigen Bahnen und ohne jegliche Störung.

(S.W.) Leonberg, 19. Juni. Im Einvernehmen mit dem Süddeutschen Musikerverband wird vom 16. bis 18. Juli hier ein Schwäbisches Musikfest abgehalten, mit Preisen von 6000 Mark, deren erster 1200 M. beträgt. Alle Musikkapellen des Landes können teilnehmen, weil das Preisgeld an jedem der genannten Tage stattfindet. Am Haupttag, dem 17. Juli, findet ein Massenkoncert von 300-500 Musikern statt. Die Bestimmungen sind durch die Geschäftsstelle des Schwäbischen Musikfestes, Gemeinderat Stadelmann hier, zu beziehen. Der Meldebescheid ist am 5. Juli.

(S.W.) Stuttgart, 20. Juni. Am Sonntag fanden im ganzen Land die Reichsjugendwettkämpfe statt, die in allen deutschen Gauen durchgeführt wurden. Auf dem Cannstatter Wasen beteiligten sich an den Wettkämpfen rund 3000 Knaben und Mädchen. Weit über 10 000 Zuschauer folgten den interessanten Spielen, die am Nachmittag mit Freiübungen endeten.

(S.W.) Cannstatt, 19. Juni. Für die Aufteilung des Oberamts Cannstatt, die infolge der Eingemeindung von Heilbronn und Oberkürheim allmählich reif wird, hat der Bezirksrat eine Reihe von Mindestbedingungen aufgestellt. Er verlangt die gleichzeitige Eingemeindung der Bezirksgemeinden Münster, Rohrer und Sillenbuch, sofern letztere Gemeinde es wünscht, nach Stuttgart eingemeindet zu werden. Weiter wird eine einmalige Entschädigung der zurückbleibenden Gemeinden für Unterhaltung der Ortsstraßen, Benützung des Städt. Krankenhauses Cannstatt, Verpflichtung der Stadt Stuttgart zur Errichtung einer Straßenbahn in die Remstalgemeinden, Weitergewährung von Beiträgen an Anstalten des bisherigen Oberamtsbezirks Cannstatt, Ueberlassung des reinen Amtskörperschafts- und Sparfassenvermögens an die zurückbleibenden Gemeinden, Benützung des Städt. Lehr- und Fürsorgeanstalten in Stuttgart durch die nicht eingemeindeten Bezirksgemeinden und Uebernahme sämtlicher Beamten usw. durch die Stadt Stuttgart gefordert.

(S.W.) Eßlingen, 18. Juni. Der Bezirksrat beschloß, der benachteiligten einzureisenden Amtsvorstellung vorzuschlagen, Aktien der Neckar-Anstaltengesellschaft bis zum Höchstbetrag von 2 800 000 M. für die Amtskörperschaft Eßlingen zu zeichnen.

(S.W.) Heidenheim, 19. Juni. Die Wohnungsfürsorge für Stadt und Vorort Schnaitheim weist insgesamt 3 1/2 Millionen Mark auf für 100 Wohnungen in Neu- und Umbauen.

(S.W.) Heidenheim, 20. Juni. (Musikfest.) In Verbindung mit dem 32jährigen Jubiläum der hiesigen Stadtmusik fand gestern das zweite Musikfest des Süddeutschen Musikverbandes hier statt. Alle Vorbereitungen waren gut getroffen. Den Musikern sollte Gelegenheit gegeben sein, ihre Leistungen in edlem Weltreue zu erproben — 30 Kapellen nahmen am Wettkampf teil — und zur ferneren Pflege idealer Kunst anzufeuern. Am Samstag abend fand im Konzerthaus ein Festkonzert statt unter Mitwirkung des Sängerkorpses hier und der Stadtkapelle Eßlingen, wobei nur Bestes geboten wurde in moderner und klassischer Musik. Das eigentliche Fest war am Sonntag mit imposantem Festzug und Festrede von Oberbürgermeister Kille, Einzel- und Gesamtvorträgen der verschiedenen Kapellen und abends Festball im Konzerthaus.

(S.W.) Reutlingen, 20. Juni. Der Reichsminister für Wiederaufbau hat den Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, den bekannten hiesigen früheren Reichstagsabgeordneten Hermann, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, zur Mitarbeit für Handwerkerfragen in das Ministerium berufen.

(S.W.) Redargattach, 20. Juni. Ein Erdbeben, verbunden mit einem ziemlich starken Rollen, wurde am Samstag nachmittag 1 Uhr 52 Minuten hier beobachtet.

(S.W.) Jagsthausen, 18. Juni. Die Landjäger haben 4 Htr. Weismehl, etwa 1000 Eier und auch Schnaps noch rechtzeitig beschlagnahmt, bevor ein Geschäftsmann aus dem Heßfischen die Sachen auf Schleichwegen befördern wollte.

Büchertisch.

An alle ehemaligen Kriegsgefangenen!

Während die Feinde die deutschen Kriegsverbrecher vor das deutsche Reichsgericht ziehen, wird die Wahrheit über die Gefangenenbehandlung im Weltkrieg enthüllt durch die „Gegenrechnung“, die der aus französischer Gefangenschaft entflozene ehemalige Regimentsarzt Professor Gallinger in München hienob erscheinen läßt. Zum Preise von M. 4.50 zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder unter Nachnahme von den „Süddeutschen Monatsheften“, München, Königinstraße 103.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Nächste Brennholzzuweisung

am Mittwoch, den 22. Juni 1921, nachmittags von 2-4 Uhr, an die Haushalte mit den Buchstaben U-3. Die Zuweisung erfolgt zu den bekanntgegebenen Bedingungen. Calw, den 20. Juni 1921.

Stadtpfleger: Frey.

Das städtische Fuhrwesen

wird im schriftlichen Abstreich auf die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. März 1922 unter den bisherigen Bedingungen vergeben.

Die verhoffenen Gebote wollen bis Donnerstag, den 23. Juni 1921, 11 Uhr vormittags abgegeben werden. Eröffnung derselben um diese Zeit.

Calw, den 20. Juni 1921.

Stadtpfleger: Frey.

Bez.-Fischerei-Berein Calw.

Am Sonntag, 26. Juni 1921, nachmittags 4 Uhr, findet in der Bahnhofs-Kassiererei in Tettnach die jährliche

Generalversammlung

des Bezirks-Fischerei-Bereins Calw mit darauffolgendem

Fischessen

statt, wozu sämtliche Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom letzten Jahr.
 2. Bericht des Vorsitzenden über den Besuch des Landesfischereitages in Horb.
- Weitere Anträge sind alsbald beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Hirsau, den 20. Juni 1921.

S. A.: Vereins-Sekretär Bischofberger.

Zahnpraxis Luibrand.

Sprechstunden:
von 9-1 Uhr
und 2-6 Uhr

Behandlung von Kranken-
kassenmitgliedern.

Der Unterzeichnete verkauft sein an der Panorama-

straße gelegenes

Gartengrundstück ca. 5 ar groß

am Dienstag Abend 7 Uhr an Ort und Stelle im Auf-

streich wozu Käufer eingeladen werden.

Stadtbaumeister Herbolzheimer, Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Abreise, verkaufe ich im Auftrag am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 2 Uhr im Steindruck bei der

Walmühle gegen Barzahlung:

- 4 Bettladen teils mit Roste und Strohsäcke, 3 Oberbetten, 2 Haipfel und 1 Kissen, 1 lack. Kommode, 1 Kleider- u. 1 Küchenkasten, 1 Eßtisch, 1 schöne Bank, Sofa, 1 Küchentisch, Küchenge-
- schir, 1 Kinderwagen, Porträt, 2 Schlitten und Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kollb.

Herde, Waschkessel Defen

Rupferschiffe

kaufen Sie billig bei

Eugen Lebzelter,

Schlossermeister, Calw.

Telefon 178 Telefon 178.

Pforzheim-Brötzingen.

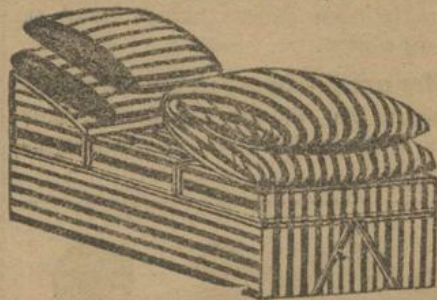
Manufaktur-, Betten- und Aussteuergeschäft Eduard Bausch.

80 cm blau u. weiß gestreift Körperbarchent

82 u. 124 cm blau u. weiß gestr. Atlasbarchent

82 und 124 cm uni'rot Atlasbarchent

gute und beste Qualität billigste Preise



Bettfedern

à 30, 40, 50 Mk. per Pfd.
grau u. weiß, dopp. ger.

fertige Betten

2 Decken, 4 Haipfel,
reichl. gefüllt, 12-1400
Mark, in nur solid. Aus-
führung, (bestrichen).

Bett-Kallun, Bett-Zeug, Damaste
in allen Preislagen.

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

Die
wirkungsvolle Ausstattung
von Reklamedrucksachen
bedingt stets deren
Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw.
einen noch so geschickt abgefassten Text anweisen,
so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst
voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil
zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

**Wirklich zweckentsprechende Drucksachen
bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausfüh-
rung liefern wir in denkbar kürzester Frist**

Althengstett.

Einen Wurf starke, reine
Milchschweine



verkauft am Donnerstag,
den 23. Juni ds. Js. von
mittags 1 Uhr ab.
Jakob Weiß (L. E.)

Alzenberg.

1,5 Hühner

jetzt noch im besten Legen
verkauft.

Fr. Lörcher.

Ein guterhaltenes

Fahrrad



hat zu verkaufen.
Karl Frohnmeyer,
Althengstett.

Kleinfabrikation i. Hause

dauernde u. sichere Existenz
ohne Kapital; besondere
Räume und Berufs-
aufgabe nicht nötig.
Ausk. kostenlos.

Chemische Fabrik Kob.
Heinrich, Zeig-Untersdorf

Birka 1000 Stück

gute alte

Ziegel

hat zu verkaufen.
Ww. Hölzle, Würzbach.

Wollen Sie das

„Calwer Tagblatt“ im nächsten Vierteljahr lesen,

dann bestellen Sie

noch heute bei Ihrem Postamt das „Calwer Tagblatt“
für das 3. Quartal 1921.

Sie erhalten dann

unsere Zeitung pünktlich zugestellt.

I. Batl. R.-J.-R. 119.

Am 17. Juli 1921 findet in Calw

die feierliche Enthüllung

einer Gedenktafel

für die gefallenen Kameraden

statt, wozu alle Angehörigen des Bataillons her-
lich eingeladen werden.

12 Uhr: Festakt an der Stadtkirche.

2 Uhr:

Kameradschaftliches Zusammensein

im „Badischen Hof“.

Die Angehörigen unserer gefallenen Kameraden

werden gebeten, der Feier beizuwohnen.

Mittagessen u. Nachtquartier wollen bei Kamerad
Frey, Stadtpfleger in Calw, bis zum 10. Juli
angemeldet werden.

Die Kameraden werden gebeten, zum ehrenden

Andenken an die Gefallenen Orden und Ehren-
zeichen anzulegen.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Rueff.

Altensteig.

Von täglich frisch eintreffenden Sendungen

empfehle

la 20% fette

Algäuer-, Limburger- und Stangen-Käse

la schön gelochten

Schweizer-Käse

vollfette Tilsiter Käse

bayr. Kräuterkäse

ffte. Algäuer-Tafelbutter

in 1 Pfund-Stücken.

Chr. Burghard junior.

Kunstoffärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Leder-
str. 91

Mark 10000

gegen gute Sicherheit für so-
fort aufzunehmen gesucht.
Gest. Angebote unter E.
N. 141 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

In kleinem Villenhaus halt
findet gebundenes, kernfreudig.

Mädchen

gute wirtschaftliche Ausbildg.
bei freundlicher Behandlung.
Frau Direktor Schroedter
Durlach, Uhlandstraße 10.

Ordnentliches

Dienstmädchen

auf 1. Juli oder später geg.
hohen Lohn gesucht

Frau Maschke,
Pforzheim-Brötzingen,
Marktplatz.

Maler-

Lehrling.

Ordnentlicher Junge wird
unter günstigen Bedingungen
nach Pforzheim

in die Lehre genommen.

Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle ds. Blatt.
und auf dem Arbeitsamt.

Stal. Zwiebel

empfiehlt
A. M. Frommer, Wart-
Altburg.

Pfannkuch & Co.

Frisch

eingetroffen!

Pyramiden-

Fliegen-

fänger

mit Stift

Stück 45 Pf.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Nr. 142.

Zeichnungsmittel: 6
Kleinm. Nr. 2. Auf

Die eng

London, 21. Juni.

auf der Reichston

Wälder der Welt hätten

größerem Maße als je

verbunden siehe als Zeu

heit. Es könnten kein

Europas und für einen

sel denn auf der Grun

oder auf einem der B

neuer Verhältnisse mit

rungen angenommen

vorkommen und sein

Jahre. Wenn der Glo

halten werde, so werde

bei Not und des Krieg

sehr leicht durch die Fr

den. Bezüglich des W

regle der Premiermin

Freundschaft beizubeha

fernen Osten angewend

und wo wir ebenso wi

schleiten und offene

größeres Unglück wider

der Scheidung der W

Zusammenwirken mi

Kardinalgrundlag. W

in allen Teilen der W

mit den amerikanischen

Herabsetzung der W

münschen und wir fö

Vorschläge einen Man

auf unserer Seite fin

daß die Macht zur S

Selbstbestandes des

Mahnahmen in Betrad

Wehr wollen wir nich

zufrieden sein. — Cr

der Abänderung Japans

Zur au

England und

Frank

London, 22. Juni.

ist eine Antwort auf d

hohen Forderungen an

klung der russischen

Abtretung von Gütern

hat. Die Antwort beja

klung der französischen

alle Rechte ihrer Staats

weil darauf hin, daß

lang britischer Forderu

von Lloyd George abge

Forderungen die Unterf

ein allgemeines Abkomm

gestritten werde. — W

erkenntung der Schulden

reich, die dadurch entsta

W 111 arben für die

strategischer Bahnen an

Der Völkerbund

Genf, 21. Juni. R

entliche Sitzungen abge

Sitzung die Proteste be

wesenheit französischer

Gesichte im Saargebiet,

der Franklenwährung im

Wesbent der Regierung

wichtige ausführlich die

Wahmnahmen und der

Präsident Raoulb

hinweis zu entkräften,

vermücht durch ein Dete

wisungen zum Teil wi

hinigte u. a. an, daß ei

die saarländische National

land geborene Person, je

sch dort niedergelassen

weist gelebt (Beamte o